



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Litteratur

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

wieder etwas besser geworden, aber unendlich viel bleibt noch zu thun. Gebt unsern Töchtern eine tüchtige Facherziehung, richtet Haushaltungsschulen ein, lehrt Krankenpflege und alle Zweige, die mit dem Haushalt zusammenhängen, und die auch außerhalb des Rahmens der Familie eine lohnende Thätigkeit bilden. Man wende nicht ein, daß es bei dem jetzigen Stande der Industrie vorteilhafter sei, „fertige Sachen“ zu kaufen, daß man alles zum Leben nötige für billiges Geld fix und fertig erhalte. Das ist nicht wahr, wenn auch Vebel in seinem Buche „Die Frau“ das goldne Zeitalter preist, wo die Frau es „nicht mehr nötig hat,“ zu kochen (als ob Kochen nicht ein sehr plätschliches Geschäft wäre!). Die besteingerichtete Garlküche wird die Speisen immer noch ein gut Teil teurer liefern, als sie im Haushalte hergestellt werden können, von der moralischen Seite natürlich ganz abgesehen. Wenn die Arbeiterfrauen rechnen oder überhaupt nur ernstlich denken könnten, so würden ihnen diese Phrasen wie viele andre gar nicht imponiren. Ich war einmal unfreiwillige Zeugin eines Gesprächs, das jüdische Kaufleute mit einander führten; der Refrain war: „An fertiger Ware wird das Meiste verdient.“ Das läßt sich aber auf alle Zweige der Hauswirtschaft anwenden. Noch immer lohnt es sich, selbst zu nähen, im Hause Wäsche, Kleider usw. anfertigen zu lassen, Früchte und Gemüse selbst einzukochen, zu backen, zu waschen, zu plätten. Man muß es nur ordentlich verstehen. Aber da sitzt der Haken! Unsern Mädchen wird nicht mehr von Jugend an die Zuverlässigkeit und Exaktheit eingebläut, die dazu gehört, und ohne tüchtige Anstrengung läßt sich das alles auch nicht lernen.

M. K.



Litteratur

Volkswirtschaftliche Schriften. Die Nationalökonomien Proudhonischer Richtung sehen bekanntlich das Grundübel der Zeit weder in der Loslösung der Massen vom Grund und Boden noch in einer unbilligen Verteilung des in der Produktion entstehenden Mehrwerts, sondern darin, daß sich in die Warenverteilung, in den Handel viele überflüssige Personen einschleichen, die als Schmarozker anzusehen und daher auszustoßen seien. Aus dieser Anschauung sind die Konsumvereine hervorgegangen, und es ist nur natürlich, daß die Genossenschaftsleiter die ganze Volkswirtschaft in dieser einseitigen Weise auffassen, was nichts schadet, da ja eben der einzelne reformatorisch thätige nur eben die Seite des volkswirtschaftlichen Prozesses ins Auge zu fassen hat, auf die seine Thätigkeit gerichtet ist; die auf andern Seiten thätigen mögen ihn ergänzen. Von diesem genossenschaftlichen Standpunkte aus hat Dr. Hans Müller im Auftrage des Verbands schweizerischer Konsumvereine für die zweite Landesausstellung in Genf voriges Jahr sein Buch: Die schweizerischen Konsumgenossenschaften (Basel, Verlag des Verbands schweizerischer Konsumvereine, 1896) geschrieben. In der Schweiz mußte die fehlerhafte Warenverteilung schon deswegen zuerst ins Auge fallen, weil bis vor wenigen Jahrzehnten die Bodenfrage gar nicht vorhanden war und auch heute noch nur in geringem Umfange vorhanden ist. In den vierziger Jahren wurde die Zahl der

Grundeigentümer in der Schweiz auf 1856000, die der Personen ohne Grundbesitz auf 464000 geschätzt (das ist offenbar falsch ausgedrückt; die Schweiz hatte ja nur 2200000 Einwohner; es sind also nicht Grundbesitzer, sondern Angehörige von Grundbesitzer- und nicht grundbesitzenden Familien gemeint). „Diese Tatsache hat gewisse Begleitererscheinungen des Kapitalismus in andern Ländern, wie z. B. die völlige politische Entrechtung der Arbeiterklasse nicht aufkommen lassen, sondern vielmehr bewirkt, daß die demokratischen Traditionen der frühern Zeit immer lebendig blieben. Sie hat ferner verursacht, daß die Lohnarbeiter der Fabriken nicht gänzlich proletarisirt wurden und in Zeiten von Arbeitslosigkeit sich aus der Bestellung ihres kleinen Gutes ein kleines Einkommen zu beschaffen vermochten, endlich auch dazu beigetragen, daß die Hausindustrie eine so große Verbreitung fand.“ Immerhin aber stellten sich mit dem Vordringen der Industrie so bedeutende Übelstände ein, daß deren teilweise Abwehr durch Konsumvereine versucht werden mußte. Und im Laufe der Zeit hat sich der Blick doch auch der dritten Ursache der sozialen Übel zugewandt, die wir an zweiter Stelle genannt haben, und die von den Marxisten als die erste und einzige behandelt wird. Der (bei weitem nicht alle Vereine umfassende) schweizerische Konsumvereinsverband entwickelt sich zur Großhandelsgenossenschaft fort und wird sich nach der Ansicht des Verfassers durch die innere Logik des Entwicklungsprozesses gezwungen sehen, eigne Fabriken anzulegen. Der Verfasser berechnet, daß ein Arbeiter, der 1000 Franks im Jahre einnimmt und früher 700 Franks für Nahrungsmittel ausgeben mußte, als Konsumvereinsmitglied für diesen Hauptposten nur noch 500 braucht, demnach sich eine bessere Wohnung mieten kann. Die Zahl der Konsumvereine ist in der Schweiz verhältnismäßig mehr als doppelt so groß als in Deutschland und sogar größer als in England, doch haben die Vereine durchschnittlich weniger Mitglieder als in den beiden andern Ländern. Mit den politischen Parteien sind die schweizerischen Genossenschaftler fertig. Eine demokratische oder liberale oder konservative Bauernpartei zusammenbringen zu wollen, das sei, erklärt einer der Führer, vergebliche Mühe; das einzige Programm laute: Vorwärts, zu Bildung, Freiheit und — Besitz. Der Verband der ostschweizerischen landwirtschaftlichen Genossenschaften und der Verband schweizerischer Konsumvereine steuern nach des Verfassers Ansicht beide auf dasselbe Ziel los: „die freiheitlich sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft.“ Beide Verbände „wollen den Zins, den Profit, die Rente beseitigen, indem sie den Profitmacher, den Zinsnehmer, den Rentner überflüssig machen. . . . Der Kapitalist verliert seine soziale Machtstellung, ohne daß er gesetzlich expropriert zu werden braucht, sobald die Bauern und Arbeiter dahin gelangen, sich gegenseitig ohne Dazwischenkunft der Unternehmer, Spekulanten und sogenannten Arbeitgeber die Produktionsaufträge zu übermitteln.“ Ob sie aber dahin gelangen werden, das ist eben die Frage; und dann handelt es sich doch nicht bloß um den Warenaustausch zwischen Bauern und Handwerkern, sondern auch um die ausländische Kundschaft: die Schweiz hat eine verhältnismäßig sehr bedeutende Exportindustrie; und trotzdem daß die Vergnügungsreisenden soviel Geld ins Land bringen, ist es doch fraglich, ob der durch die Ausfuhr erzielte Gewinn leicht entbehrt werden könnte. — Dr. Johannes Vernicke läßt in seinem Werke: System der nationalen Schutzpolitik nach außen. Nationale Handels- (insbesondere auch Getreide-), Kolonial-, Währungs-, Geld- und Arbeiterschutzpolitik, ein Handbuch für die Gebildeten aller Stände (Jena, Gustav Fischer, 1896) den Leser gleich von der ersten Seite ab nicht im Zweifel darüber, daß er selbst mit ganzem Herzen dem Gedanken des Schutzes der nationalen Arbeit huldigt, aber er ist ein gründlich unterrichteter

Mann und ein gewissenhafter Forscher, und so gelangt er denn vielfach zu Ergebnissen, die den Agrariern schlecht gefallen werden, und die er selbst vielleicht im Beginn seiner Untersuchungen gar nicht erwartet hat. Das Ergebnis der Untersuchung der Handelsvertragspolitik ist, daß sich über die Wirkungen der verschiedenen Systeme nichts gewisses sagen läßt. „Das Moment der Unsicherheit und der Willkür spielt also in dem verallgemeinerten System der Zollautonomie eine wichtige Rolle. Liegt die Wahrscheinlichkeit stabilerer Preise vor, so ist das Tarifvertragsystem vorteilhafter; hat man dagegen mit schwankenden Preisen zu rechnen, so ist jedenfalls die Zollautonomie vorzuziehen. Es fragt sich nun, ob nicht ein Mittelweg gefunden werden kann. Ein solcher wäre die Abschließung eines Tarifvertrags und die Aufnahme von Klauseln, die nach Eintritt gewisser Preißermäßigungen oder sonstiger Bedingungen für gewisse Artikel eine bestimmte entsprechende Erhöhung der Zölle gestattet. [Wäre nicht das zweckmäßigste die Generalklausel: jede der hohen vertragschließenden Mächte hält den Vertrag, so lange und so weit es ihr paßt?] Dies ist die Form des Handelsvertrags der Zukunft; bei dem gegenwärtigen Zustande aber dürften die Länder mit autonomen Zolltarifen im Vorteil sein.“ Weit weniger unsicher lautet sein Urteil auf andern streitigen Gebieten. Der Abschnitt über die Währung ist eine gründliche und glänzende Widerlegung aller Beweisführungen der Silber- und Doppelwährungsmänner, die er unerbittlich aus allen ihren Schlupfwinkeln herastreibt. Die Untersuchung über die Wirkungen des Terminhandels und der Börsenspekulation schließt mit den Sätzen: „Für längere Durchschnittsperioden hat Professor Conrad ohne Frage Recht; die Getreidepreise werden international auf Grund der Ernteverhältnisse bestimmt. Vorübergehend aber, für Tage und Monate, haben wir es erlebt, daß — namentlich an der Berliner Börse, aber auch an den amerikanischen Börsen — Gausse- und weit öfters Baissenpartei die Tendenz weit über das gerechtfertigte Maß hinausgetrieben und die Preise spekulativ beeinflusst haben. Aber das steht fest, daß eine bestimmte Tendenz dauernd nicht bloß auf »Mache« beruhen kann, daß sie vielmehr auf der Grundlage der Produktionsverhältnisse aufgebaut sein muß, wenn sie nicht plötzlich umschlagen und die Macher ins Verderben stürzen soll, daß die Baisse insbesondere durch ihre spätern Deckungen ab und zu eine Befestigung der Preise mit sich bringt; aber das läßt sich auch nicht leugnen, daß für kürzere Zeiten künstlich eine Tendenz hervorgerufen werden kann.“ In Beziehung auf das Verbot des Terminhandels wird das Für und Wider sorgfältig erwogen. Das Endergebnis lautet: „Der Wegfall des Terminhandels in Deutschland wird vielleicht kaum einen bemerkbaren Einfluß auf die Weltmarktpreise des Getreides ausüben.“ International aber sei nun einmal der Getreidehandel, und man könne ein Land nicht hermetisch abschließen. Vielleicht werde es in Zukunft möglich sein, den Getreidehandel international zu regeln; zunächst heiße es: abwarten! Das meinen wir auch. Sollte es sich herausstellen, meint der Verfasser, daß die Abschaffung des Terminhandels nichts nützt, so wäre die Wiedereinführung eines gesetzlich geregelten Terminhandels geboten. Ferner beweist er, daß die Beseitigung der gemischten Transitlager in Königsberg, Danzig und Memel der ostpreussischen Landwirtschaft keinen Vorteil bringen könne; man werde damit vielleicht dieselbe Erfahrung machen wie mit dem Verbot des Terminhandels: beide „bleiben ohne Wirkung, da in den wirtschaftlichen Dingen auf einen Druck stets ein Gegendruck folgt.“ Die Untersuchung über den Antrag Kanitz, wobei die „ausgezeichnete“ Rede Marschalls dagegen vom 16. Januar 1896 vollständig abgedruckt wird, schließt mit dem Satze: Der Antrag Kanitz ist und bleibt eine schöne Utopie, und je eher ihn die Landwirte als solche erkennen, um

so besser ist es für sie. So werden also auch von diesem Freunde des Schutzes der nationalen Arbeit, der übrigens die volkswirtschaftliche Notwendigkeit einer starken Staatsgewalt sehr nachdrücklich hervorhebt, alle die großen Mittel des Bundes der Landwirte und außerdem noch einige von den kleinen als Illusionen enthüllt. In dem Abschnitt über die Arbeiterfrage wird die Gefahr der Verdrängung der deutschen Arbeiter durch anspruchslösere Arbeiter anderer Nationalitäten erörtert und bemerkt, um diese Gefahr zu vermindern, müsse der Lohnerhöhung die Steigerung der Arbeitsleistung entsprechen, diese aber fordere Verkürzung der Arbeitszeit. Die Thätigkeit der Ansiedlungskommission für Posen und Westpreußen wird gelobt, aber man dürfe keine übertriebenen Hoffnungen darauf setzen; der bisherige Erfolg sei doch sehr unbedeutend: auf die beinahe $3\frac{1}{2}$ Millionen Einwohner der beiden Provinzen 11000 Ansiedlerseelen! — Ähnlich wie Wernicke ist es dem Dr. W. Ruland in seiner kleinen Schrift: Die Handelsbilanz (Berlin, Otto Liebmann, 1897) ergangen. Er will beweisen, daß die Smithianer mit ihrer Unterschätzung der Handelsbilanz Unrecht haben, und muß doch zuletzt zugestehen, daß gerade die ärmsten Länder eine aktive, die reichsten eine passive Handelsbilanz haben. England, Deutschland, die Vereinigten Staaten, die Schweiz haben Unterbilanz, Österreich und Rußland Überbilanz. Freilich giebt es auch ein paar arme Staaten mit Unterbilanz: Italien, Spanien, Portugal, und die sind eben nicht bloß arm, sondern elend. Der Schlüssel des Rätsels liegt bekanntlich in dem Unterschiede zwischen Handelsbilanz und Zahlungsbilanz: die reichen Völker beziehen an Kapitalzinsen aus dem Auslande mehr, als sie beim Warentausch zusetzen; bei den Staaten der südlichen Halbinseln kommt zur passiven Warenbilanz auch noch die Zinslast infolge ihrer Politik. Die reichen Länder sind Gläubigerstaaten, die armen Schuldnerstaaten, und ihr Defizit wird auch durch das Mehr ihrer Handelsbilanz, wenn sie, wie Rußland, eins erzielen, nicht aufgewogen. Nun stimmen wir ja mit Ruland darin überein, daß wir die Entwicklung Englands nicht für ideal halten und die Schattenseiten und Gefahren des gewaltigen industriellen Aufschwungs unsers eignen Vaterlandes nicht verkennen, aber praktische politische Folgerungen lassen sich nun einmal aus dieser Ansicht vor der Hand nicht ziehen. Dagegen übt es einen unmittelbaren Einfluß auf den Gang der hohen Politik, daß den Warenexporteuren und den Zinsen- und Dividendenberechtigten mehr und mehr ihr Interessengegensatz bewußt wird. Das beleuchtet Theodor Kapelus in der Neuen Zeit in einer Reihe von Aufsätzen (von Nr. 37 an), die ohne Zweifel die allgemeine Aufmerksamkeit auf diesen Gegenstand lenken werden. In England z. B. sind die Konservativen hauptsächlich Vertreter des Warenexports und daher eifrige Kolonialpolitiker und kriegslustig, weil sich zwar nicht mehr der europäisch-amerikanische, wohl aber der koloniale Absatzmarkt noch mit den Waffen erweitern und behaupten läßt; in der Balkanfrage sind sie friedlich gesinnt und für Aufrechterhaltung der türkischen Wirtschaft, weil die Auflösung des Restes des türkischen Reiches in lauter christliche Kleinstaaten die industrielle Entwicklung der Balkanhalbinsel zur Folge haben würde. Die Liberalen wollen dagegen mit den zivilisierten Staaten in Frieden leben, um in ihnen ihre Anlagekapitalien unterzubringen, und möchten daher am liebsten Frankreich zu Gefallen Ägypten preisgeben. Vielfach wechselt, je nach dem augenblicklichen Interesse, die Stellung der beiden mitunter in einander fließenden Parteien, „daß eine aber bleibt unverändert: die Thatsache, daß der Warenexport eine untergeordnete Rolle im Vergleich zum Kapitalienexport zu spielen beginnt.“ So Kapelus. Die Broschüre von Ruland ist übrigens gut geschrieben und sachlich gehalten und zur Einführung in das Verständnis der Frage zu empfehlen. — Ein

Buch über Die großen Berliner Effektenbanken (Jena, Gustav Fischer, 1896) ist eine Geschichte der Operationen und Erfolge dieser Geldinstitute (der Diskontogesellschaft, der Bank für Handel und Industrie, der Berliner Handelsgesellschaft, der Deutschen Bank, der Dresdner Bank, der Nationalbank für Deutschland) und nur für Fachmänner genießbar. Von allgemeinem Interesse ist nur das Schicksal des Verfassers, Paul Model. Er war dazu bestimmt, das Bankgeschäft H. C. Plaut zu übernehmen, und bereitete sich durch staatswissenschaftliche Studien darauf vor. Das vorliegende Buch sollte seine Doktorarbeit werden. Kurz vor ihrer Vollenendung unterbrach er sie, unternahm zu seiner Erholung eine Gebirgsreise und fand, zwei- undzwanzig Jahre alt, in Tirol am 22. August 1895 durch einen Absturz seinen Tod. Sein Freund Otto Köbner hat die Arbeit aus dem Nachlasse des Verstorbenen herausgegeben, und Professor Adolf Wagner, in dessen Seminar der Verstorbene die Anregung zu seiner Arbeit empfangen hatte, hat eine Vorrede dazu geschrieben. — Wir schließen unsre Aufzählung mit der Anzeige, daß von dem Grundriß der Politischen Ökonomie von Dr. Eugen Philippovich (Freiburg i. B. und Leipzig, J. C. B. Mohr), die wir im Jahrgang 1894 (drittes Vierteljahr S. 527) kurz rezensirt haben, eine zweite, verbesserte und vermehrte Auflage erschienen ist.

Neu-Deutschland von Dr. Andrew D. White, Präsidenten der Cornell-Universität, früherem Gesandten der Vereinigten Staaten in Berlin. Aus dem Englischen übersetzt von Dr. Wilhelm Ruprecht. Göttingen, Vandenhoeck und Ruprecht, 1883

Dieses vor vierzehn Jahren erschienene sehr erfreuliche Schriftchen verdient deswegen erneute Beachtung, weil der Verfasser jetzt wieder zum Gesandten beim deutschen Reiche ernannt worden ist. Er hebt alle Vorzüge der Zustände im neuen Reiche und alle guten Eigenschaften des deutschen Volkes mit warmer Freundschaft für dieses hervor, ohne auf Kritik von seinem amerikanischen Standpunkte aus zu verzichten. Von manchem seiner anerkennenden Urteile fühlen wir uns ein wenig beschämt, z. B. wenn er uns nachrühmt, daß wir keine auf Sensationen ausgehende und standalsüchtige Presse hätten. Dagegen können wir mit gutem Gewissen annehmen, was er auf Seite 43 schreibt: „Es ist buchstäblich wahr, daß ich bei fünf verschiednen Besuchen in Deutschland, bei einem im ganzen vierjährigen Aufenthalt in Hauptstädten und Dörfern, in Trauer- und Festzeiten, während welcher alle Männer, Frauen und Kinder, die es erschwingen können, gewohnt sind, Wein und Bier zu trinken, in der ganzen Zeit zusammen nicht so viel Betrunkenne gesehen habe, wie an einem einzigen Jahrmarktstage in einem amerikanischen Dorfe.“ Die Einleitung, in der er unter anderm das frühere politische Elend Deutschlands hauptsächlich aus den geographischen Verhältnissen erklärt, beweist, wenn nicht gründliche historische Studien, so doch einen sichern historischen Blick.



Für die Redaktion verantwortlich: Johannes Grunow in Leipzig
Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig. — Druck von Carl Marquart in Leipzig